

FRAKTIONSBSCHLUSS VOM 11.11.2014

» KEINE FREIHEIT OHNE PRESSEFREIHEIT



Pressefreiheit ist eine entscheidende Voraussetzung für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit: Nur wenn JournalistInnen ungehindert recherchieren, ihre Quellen schützen und veröffentlichen können, kann die Presse ihre für die freiheitliche Demokratie essentielle Kontrolle wahrnehmen und der Öffentlichkeit die notwendige Grundlage für eine unabhängige politische Meinung bieten. Deswegen heißt es in Art. 5 Absatz 1 Grundgesetz: "Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt." Auch der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte, die Europäische Menschenrechtskonvention und die EU-Grundrechtecharta garantieren die Schutzwürdigkeit der freien Meinungsäußerung und ihrer Verbreitung.

DOCH DIE PRESSEFREIHEIT WIRD ZUNEHMEND BEDROHT:

- » Nur noch jeder sechste Mensch lebt in einem Land, in dem die Presse frei berichten kann.
- » Fast jeder zweite Mensch lebt in einer Region, in der JournalistInnen nur bedingt Zugang zu Informationen haben und in der ihre Arbeit durch verschärfte Gesetze und politische Einflussnahme schwer beeinträchtigt oder durch Zensur unmöglich gemacht wird.
- » Viele JournalistInnen werden schikaniert, verfolgt oder ermordet: 71 JournalistInnen sowie 39 Blogger wurden 2013 bei ihrer Arbeit getötet, so Reporter ohne Grenzen; 87 JournalistInnen wurden entführt. Das sind deutlich mehr als 2012. Im laufenden Jahr 2014 sind bereits 180 JournalistInnen, sowie 154 Online-AktivistInnen und BloggerInnen in Haft.
- » Schlusslichter in der Rangliste der Pressefreiheit sind die Diktaturen in Eritrea, Nordkorea und Turkmenistan: dort gibt es nach wie vor nur staatlich kontrollierte Berichterstattung und Propaganda; Menschen sind vom Internet abgeschnitten und erhalten nur ausgewählte Informationen über die Welt.
- » Aber, auch in den USA und in der EU verschärft sich die Lage. Einige Länder sind hiervon stärker betroffen: Italien liegt in der Rangliste von Reporter ohne Grenzen nur auf Platz 49, Ungarn schaffte es 2013 gerade mal auf Rang 64. Deutschland ist mit Platz 14 nur europäisches Mittelmaß.

Die Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen will deshalb:

Den Fokus auf die unterschiedlichen Entwicklungen legen, die derzeit die Pressefreiheit weltweit stark gefährden: Zensur, Gewalt und Einschüchterung gegenüber JournalistInnen und InformantInnen, Einschränkungen des Internets und Monopolisierungstendenzen sowie Gefahren für die Pressevielfalt und die Bedingungen journalistischer Arbeit (Auskunftsrechte, Quellenschutz). Dabei zeigt sich deutlich: Die Pressefreiheit wird durch Staaten eingeschränkt, aber sie ist auch durch private Akteure und ökonomischen Druck bedroht.

Wir fordern ein starkes, internationales Engagement für einen ungehinderten Zugang zu Informationen, Schutz der InformantInnen und der Vertraulichkeit der Redaktionsarbeit. Wir kämpfen gegen alle Formen der Zensur weltweit und stehen für den persönlichen Schutz von JournalistInnen. 168 Staaten haben bisher den Pakt über bürgerliche und politische Rechte unterzeichnet und sich damit in Artikel 10 auch zum Recht auf freie Meinungsäußerung und die Freiheit, Informationen und Ideen ohne behördliche Eingriffe ohne Rücksicht auf Staatsgrenzen zu empfangen und wiederzugeben, bekannt. Unser Ziel ist eine vielfältige Medienlandschaft, in der Journalisten ungehindert berichten und Bürger sich frei informieren können.

Unfreie Medien bedrohen die Meinungsvielfalt und damit die Grundlage für eine demokratische Gesellschaft. Lücken im Schutz der Pressefreiheit müssen deshalb aufgedeckt, benannt und bekämpft werden. Das erfordert Anpassungen sowohl auf nationaler als auch auf europäischer und internationaler Ebene. Wir fordern konkrete politische Strategien die wirksam und überall eine freie und unabhängige Berichterstattung garantieren:

1. EINSATZ ZEIGEN GEGEN ZENSUR!

Staatliche Zensur bedroht in vielen Ländern die Pressefreiheit. In Ländern wie China und Russland wird die Presse zu weiten Teilen staatlich kontrolliert. In autoritären Regimen ist das Internet häufig das einzige Medium, in dem sich JournalistInnen und BürgerInnen oft unter Umgehung staatlicher Kontrolle, Sperrungen und Zensur äußern können. Aber auch hier nehmen staatliche Eingriffe zu. Soziale Netzwerke, wie Facebook und Twitter beispielsweise, werden durch Mikroblogs ersetzt, die einer ständigen staatlichen Überwachung unterliegen, oft in Kooperation mit privaten Anbietern. Krisenregionen werden oftmals gar vollständig vom Internet abgeschnitten.

Mit dem Hinweis auf Terrorgefahr oder die innere Sicherheit schränkten zahlreiche Länder in den vergangenen Jahren die Pressefreiheit weiter ein. In der Türkei etwa erlaubt ein Internetgesetz der Regierung, Internetseiten ohne vorherigen Gerichtsbeschluss zu sperren. Das Gesetz könnte wegen der fehlenden richterlichen Kontrolle und der weit gefassten Kriterien zu massenhafter Zensur führen; laut Google verlangt kein Staat häufiger die Entfernung von Inhalten als die Türkei. Kurz vor den Kommunalwahlen im März dieses Jahres sperrte die türkische Regierung außerdem Youtube und Twitter. Reporter ohne Grenzen (RoG) listet die Türkei daher als "eines der Länder mit den meisten inhaftierten Journalisten weltweit". Noch dramatischer ist die Lage in Äthiopien. Das Anti-Terror-Gesetz aus dem Jahr 2009 erlaubt willkürliche Inhaftierungen selbst ohne einen begründeten Anfangsverdacht. Die äthiopischen Fernseh- und Radiosender sind fast vollständig von der Regierung kontrolliert und es stehen jahrelange Haftstrafen auf Verleumdung oder Verbreitung vermeintlich falscher Informationen.

Die Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen fordert daher:

- » **Medien- und Meinungsvielfalt weiterhin als zwingende Grundvoraussetzung für eine Aufnahme in die EU bei zu behalten** und die Einhaltung der Pressefreiheit in allen Mitgliedsstaaten stärker zu überwachen, auch hinsichtlich der Freiheit im Internet.
- » **Den Druck auf Regierungen, die Zensur ausüben und die Meinungs- und Pressefreiheit beschränken, zu verstärken.** Die Bundesregierung muss die effektive Umsetzung der Meinungs- und Pressevielfalt und das Verbot von Zensur stärker auf die politische Tagesordnung relevanter Gremien der UN und der EU setzen.
- » **Menschenrechte online wie offline zu schützen.** Der Resolution zu Internetfreiheit im UN-Menschenrechtsrat in Genf muss die Bundesregierung Taten folgen lassen und bei anderen Regierungen noch stärker für die Einhaltung der Resolution werben: die Nutzung sozialer Netzwerke und Blogs als Form des politischen Aktivismus ist essentiell.
- » **Den Export von Zensur- und Überwachungstechnologie viel strenger zu kontrollieren werden,** auf deutscher und europäischer Ebene. Hermes-Bürgschaften dürfen nicht gewährt werden. Die jüngst im Rahmen des Wassenaar Arrangements getroffenen Vereinbarungen müssen schnellstmöglich auf umgesetzt werden. Die Bundesregierung muss die Zusammenarbeit mit Firmen kündigen, deren Technik nachweislich zur Unterdrückung legitimer demokratischer Ziele an autoritäre Staaten gelehrt wurde.

2. JOURNALISTINNEN SCHÜTZEN UND UNABHÄNGIGE BERICHTERSTATTUNG ERMÖGLICHEN!

Gewalt gegen JournalistInnen geht von verschiedenen Seiten aus: von bewaffneten Gruppierungen wie der Taliban und al Nusra, aber auch von Regierungen und Geheimdiensten, politischen Parteien, Privatpersonen und Akteuren der organisierten Kriminalität. Eine unabhängige Berichterstattung wird damit in vielen Teilen der Welt unmöglich gemacht. Syrien, Somalia, Indien, Pakistan und die Philippinen waren in diesem Jahr laut Reporter ohne Grenzen die gefährlichsten Länder für JournalistInnen.

Bedrohungen in bewaffneten Konflikten:

Gezielte Einschüchterungen und Gewalt gegenüber JournalistInnen gehören mittlerweile leider zur Taktik vieler Kriegsparteien. Obwohl der UN-Sicherheitsrat im Jahr 2006 mit der Resolution 1738 JournalistInnen und MedienmitarbeiterInnen in bewaffneten Konflikten unter besonderen Schutz stellte, ist die oft tödliche Gewalt, der JournalistInnen in Krisenregionen ausgesetzt sind weiterhin eine große Bedrohung für die Meinungs- und Pressefreiheit weltweit. Aus Angst vor den Konsequenzen, die eine kritische Berichterstattung nach sich ziehen könnte, unterwerfen sich viele Medienschaffenden einer strengen Selbstzensur. Andere werden entführt oder getötet. In Syrien starben allein im Jahr 2013 zehn professionelle Berichterstatter und 35 BürgerjournalistInnen. Zwar geht die größte Gefahr für Medienschaffende weiterhin vom syrischen Regime aus, auf der aktuellen Liste von RoG stehen jedoch auch syrische Rebellengruppierungen: Die im April 2011 gegründete Al-Nusra-Front greift systematisch MitarbeiterInnen syrischer Staatsmedien an, entführt JournalistInnen und bedroht ausländische KorrespondentInnen.

Aber auch die Grundsätze journalistischer Berichterstattung sind in Krisensituationen in Gefahr. Die Rolle der Massenmedien und deren Berichterstattung über Kriege und humanitäre Interventionen verdient daher kritischere Aufmerksamkeit. Nicht immer ist unabhängige Berichterstattung in solchen Ausnahmesituationen möglich, aber die Folgen von eingeschränktem Zugang zu Informationsquellen oder Orten des Geschehens werden zu selten thematisiert. Während die Rolle des eingebetteten (embedded) Journalisten im Irak durch die Medien noch selbstkritisch begleitet wurde, ist diese Art der Berichterstattung mittlerweile zum Normalfall geworden und wurde, beispielsweise während des Einsatzes in Mali, kaum noch thematisiert. Umso wichtiger ist daher die Förderung und Vernetzung lokaler Medien und die Professionalisierung von JournalistInnen vor Ort.

Bedrohung durch Extremisten:

In ihrer alltäglichen Arbeit werden JournalistInnen aber auch von extremistischen Gruppierungen bedroht. In einigen Fällen bleibt es hierbei nicht nur bei diesen Bedrohungen, sondern die JournalistInnen bezahlen für ihre Arbeit mit ihrem Leben. Eine kritische Berichterstattung ist daher unmöglich gemacht und strenge Selbstzensur oftmals die Folge. In Pakistan wurden sieben JournalistInnen im vergangenen Jahr getötet. Ein Großteil der Gewalt ist auf die Stammesgebiete im Nordwesten Pakistans und auf die Provinz Belutschistan im Südwesten konzentriert, jedoch finden auch in anderen Regionen immer wieder Angriffe auf Medienschaffende von Seiten der Taliban statt. Auch in Indien lässt sich 2013 eine nie dagewesene Welle von Gewalt beobachten.

Bedrohung durch die organisierte Kriminalität:

Das organisierte Verbrechen ist eine weitere Gefahr für die Pressefreiheit gerade in Lateinamerika, wo Anschläge auf Medienunternehmen verübt und JournalistInnen bedroht und umgebracht werden. Als gefährlichstes Land galt in diesem Zusammenhang bisher Mexiko, doch Brasilien schließt sich aktuell dieser Entwicklung an. Laut RoG sind dort im Jahr 2013 fünf JournalistInnen bei ihrer Arbeit an

Enthüllungen über Korruption, Drogenhandel und weiterem illegalem Handel getötet worden. JournalistInnen, die kriminelle Praktiken anprangern, werden bedroht und umgebracht, in Einzelfällen geköpft und grausam verstümmelt. Auch diese, vom organisierten Verbrechen ausgehende, Bedrohung führt zur strengen Selbstzensur der Medienschaffenden. Somit gibt es so gut wie keine Berichterstattung mehr über die Drogenkartelle, beispielsweise in Mexiko oder an der Grenze zwischen Brasilien und Paraguay.

Die Bundestagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen fordert daher:

- » **Ein größeres Engagement für die Umsetzung der Sicherheitsratsresolution 1738 und die Einhaltung des Genfer Abkommens:** Die Bundesregierung muss kontinuierlich an alle Konfliktparteien appellieren, JournalistInnen nicht zum Ziel der Auseinandersetzung zu machen, Botschaften vor Ort müssen derartige Vorfälle beobachten und die Arbeit der Medienschaffenden aktiv unterstützen. In diplomatischen Gesprächen und öffentlich muss die Bundesregierung immer wieder auf die bedrohliche Lage für inhaftierte (Online-)JournalistInnen hinweisen und sich für deren Freilassung einsetzen.
- » **JournalistInnen, die in ihrer Heimat akut gefährdet sind, schnelle Hilfe durch unbürokratische Aufnahme in Deutschland gewähren:** Bedrohten JournalistInnen, die nach Deutschland fliehen, soll Asyl in Deutschland gewährt werden. Sie sollten auch im Rahmen von Resettlementprogrammen berücksichtigt werden.
- » **Diejenigen, die für Verbrechen gegen JournalistInnen verantwortlich sind, müssen strafrechtlich verfolgt werden:** Die Bundesregierung muss die Einhaltung internationaler Rechtsakte, wie die Resolution 2005/81 der VN Menschenrechtskommission konsequent anmahnen.
- » **Fonds und Programme für Medienschaffende der UN und der EU müssen durch genügend finanzielle und personelle Mittel unterstützt werden.** Dazu gehört, die Gründung der UNESCO-Globalen Exzellenzinitiative zur Journalistenausbildung und damit die zunehmende Vernetzung von JournalistInnen und ihren Ausbildungsstätten weltweit aktiv voranzubringen und im Rahmen der "UN-Strategie zur Sicherheit von Journalisten" einen Beitrag bei der Unterstützung anderer Regierungen zu leisten, um Gesetze zu entwerfen, die Meinungs- und Informationsfreiheit schützen und die freie Arbeit von JournalistInnen garantieren sowie Notfallpläne entwerfen, die JournalistInnen in akuten Gefahrensituationen Hilfe leisten.
- » **Programme zur Ausbildung und Vernetzung lokaler Medienschaffender finanziell und mit Know-How zu unterstützen.** Dazu gehören die Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, Programme zum Selbstschutz, zum Schutz von InformantInnen und zur Umgehung von Sperren und Zensur.

3. INFORMATIONSFREIHEIT SCHÜTZEN UND WHISTLEBLOWER UNTERSTÜTZEN!

Pressefreiheit ist ohne Freiheit von Überwachung nicht denkbar: Jede Form von staatlicher Überwachung höhlt die Pressefreiheit aus. Umso bedenklicher ist es, dass auch in Ländern, die allgemein die Medienfreiheit respektieren, der staatliche Druck auf die Pressefreiheit steigt. Traditionelle Demokratien wie die USA und Großbritannien schnitten im Jahresbericht von Reportern ohne Grenzen schlecht ab. Der US-Geheimdienst NSA und dessen britisches Pendant GCHQ wurden in die Liste der "Feinde des Internets" aufgenommen. Die USA verschlechterten sich vor allem wegen ihres Vorgehens gegen sogenannte Whistleblower. Die Aufdeckung der Überwachungsmaßnahmen der NSA führte zu staatlicher Verfolgung von investigativen JournalistInnen und ihren HinweisgeberInnen aus den Sicherheitsbehörden. Auch der britische Geheimdienst GCHQ übt zunehmenden Druck auf britische Medien aus. So wurde die Zeitung The Guardian gezwungen, Festplatten mit Informationen des ehemaligen NSA-Mitarbeiters Edward Snowden zu zerstören; kurz darauf wurde David Miranda, der Partner von Glenn Greenwald – vormals tätig für den Guardian, der mit Whistleblower Snowden zusammenarbeitet – neun Stunden unter Verweis auf die Antiterrorgesetzgebung am Flughafen Heathrow festgehalten. Wenn JournalistInnen überwacht werden, wird nicht nur ihre freie Berichterstattung unterwandert, sondern ebenso ihre Quellen einem Risiko ausgesetzt.

Die Bundestagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen fordert daher:

- » **Aktuelle Überwachungsmaßnahmen, im Sinne der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und dem Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte zu überprüfen:** Das muss in Deutschland geschehen und durch die Bundesregierung auch von anderen Ländern eingefordert werden.
- » **Die Resolution 68/167 "The Right to Privacy in the Digital Age" der UN-Generalversammlung umzusetzen.** Der Schutz persönlicher Daten muss weltweit garantiert und Überwachungsmaßnahmen streng an den Prinzipien der Legalität und Angemessenheit ausgerichtet werden.
- » **Diplomatischer Druck gegen Überwachung:** Die Bundesregierung muss auf internationaler Ebene kontinuierlich darauf hinweisen, dass Überwachungsmaßnahmen gegenüber JournalistInnen und damit die Einschränkung eines freien Informationszugangs sowie die Gefährdung des Schutzes journalistischer Quellen der Pressefreiheit widersprechen.
- » **Den Schutz von Whistleblowern zu verbessern.** Bisher drohen ihnen häufig arbeits- und dienstrechtliche Folgen bis hin zur Kündigung sowie strafrechtliche Konsequenzen. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat Deutschland zu klaren Schutzregelungen aufgefordert – die Bundesregierung ist bisher immer noch untätig. Wir legen aktuell einen Gesetzentwurf vor, mit dem mehr Rechtssicherheit und Schutz geschaffen werden soll und der HinweisgeberInnen unter bestimmten Bedingungen Straffreiheit zusichert.

4. VIELFALT BEWAHREN UND DEMOKRATIE IM AUSLAND FÖRDERN!

Ökonomische Faktoren spielen eine Schlüsselrolle bei der Restriktion der Medienvielfalt. Wirtschaftlicher Druck auf viele Medienhäuser führt dazu, dass kritische Berichterstattung erschwert wird, alternative Finanzierungsmodelle haben sich noch nicht ausreichend entwickelt und etabliert. Die Konzentration der Medien in den Händen weniger lässt sich weltweit beobachten. So besitzen etwa in Brasilien zehn einflussreiche Unternehmerfamilien die wichtigsten Rundfunksender und Printmedien des Landes und kleinere Medien werden durch stetig wachsende Anzeigenbudgets von Ministerien, Behörden und Staatsfirmen in finanzieller Abhängigkeit gehalten. Lokale Gouverneure kontrollieren die regionalen Medien.

Der Kauf ganzer Fernsehsender so genannter Oligarchen ist gleichermaßen in Russland zu beobachten. Dort befinden sich die drei großen Sender Perwyj Kanal, NTV und Rossija sowie das Übertragungsnetz im Besitz des Staates oder staatsnaher Millionäre. Im Verlauf des Konfliktes mit der Ukraine wurde der noch einzig verbliebene, in weiten Teilen unabhängige, Sender TV Doschd aus den Kabelnetzen gedrängt. Dabei hat auch Russland die Europäische Menschenrechtskonvention unterzeichnet, deren Artikel 10 lautet: "Jede Person hat das Recht auf freie Meinungsäußerung. Dieses Recht schließt die Meinungsfreiheit und die Freiheit ein, Informationen und Ideen ohne behördliche Eingriffe und ohne Rücksicht auf Staatsgrenzen zu empfangen und weiterzugeben."

Der Stärkung regionaler Medien und dem Aufbau unabhängiger nationaler Medien wird in der Entwicklungszusammenarbeit und der deutschen Außenpolitik zu wenig Gewicht beigemessen. Die vorbildlichen Programme der Deutschen Welle und der Deutschen Welle Akademie sind immer wieder von Kürzungen bedroht, die Unterstützung und der Aufbau pluraler Mediensystems gehört nicht zu den Kernprojekten deutscher Entwicklungszusammenarbeit. Hier könnte Deutschland einen deutlicheren Beitrag dazu leisten, Meinungs- und Pressefreiheit weltweit zu etablieren.

Zur Vielfalt im Ausland soll daher weiterhin die Deutsche Welle als staatlicher Auslandssender beitragen und dabei neben der Repräsentation Deutschlands vor allem Demokratie in unfreien Medienmärkten und Schwellenländern fördern. Der Sender schlägt allerdings eine bedenkliche Richtung ein. Umstrukturierungsmaßnahmen, wie die Konzentration aufs Englische als Sendesprache,

die Schließung von Sendestationen in kulturell und strukturell bedeutenden Gegenden bedeutet eher eine Abkehr vom Ziel, Demokratie im Ausland zu fördern. Denn gerade in diesen Gegenden ist die Deutsche Welle eines der wenigen, wenn nicht das einzige, Informationsmedium, das zudem ausgewogen und nach objektiv-journalistischen Kriterien die Menschen unterrichtet. Dafür ist nicht Englisch, sondern die Landessprache für einen Großteil zwingend. Auch die geplante Kooperation mit dem chinesischen Staatsfernsehen CCTV stößt auf immense Kritik. Als größter chinesischer Fernsehsender und Teil der staatlichen Verwaltung für Radio, Film und Fernsehen ist er die rechte Hand für staatliche Propaganda. Nach Berichten von Reporter ohne Grenzen müssen kritische JournalistInnen und BloggerInnen sich vor laufender Kamera entschuldigen und Missverhalten eingestehen. Dazu gehörte auch eine freie Mitarbeiterin der Deutschen Welle, die 70-jährige Chinesin Gao Yu, die mittlerweile sogar inhaftiert wurde. Die Deutsche Welle kümmert sich bislang wenig um diese Vorkommnisse.

Die Bundestagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen fordert daher:

- » **Die Medien- und Informationsfreiheit als konkrete UN-Entwicklungsziele zu formulieren.** Die Bundesregierung muss sich in den Verhandlungen zur "Post-2015-Agenda" aktiv dafür einsetzen.
- » **Globale orientierte Auslandssender wie die Deutsche Welle sollen Informationen auch zukünftig in möglichst viele Regionen der Welt senden.** Die kulturelle und sprachliche Vielfalt des Programms muss vom Gesetzgeber sichergestellt sein:
- » **Das Deutsche-Welle-Gesetz muss im Hinblick auf eine stärkere Demokratieförderung reformiert werden.** Die Deutsche Welle muss als Auslandsrundfunk eines freiheitlich demokratischen Staates seinen Kurs überdenken. Zentrales Ziel muss sein, Presse- und Meinungsvielfalt als integrale Bestandteile demokratischer Werte zu fördern. Demgegenüber muss Unterstützung bei der Anbahnung und dem Ausbau von Wirtschaftsbeziehungen zu ggf. nicht-demokratischen Mächten nachrangig sein.
- » **Unterstützung für die Deutsche Welle Akademie** und deren Arbeit für internationale Medienentwicklung mit lokalen PartnerInnen und der Ausbildung von JournalistInnen in vielen Regionen der Welt. Die Bundesregierung muss einen ausreichenden finanziellen Anteil aus dem Bundeshaushalt für die DW zur Verfügung stellen.
- » **Auch die EU muss ihren Beitrag zum Erhalt des Qualitätsjournalismus leisten:** Wir unterstützen die Forderung des Deutschen Journalistenverbandes, dass auch neue Modelle für die europäische Finanzierung von unabhängigem Journalismus geprüft werden.

5. EINSATZ FÜR DIE PRESSEFREIHEIT IN DEUTSCHLAND!

Auch wenn Deutschland auf Platz 14 der Rangliste für Pressefreiheit steht, besteht hierzulande noch Verbesserungsbedarf. Und es gibt teilweise Entwicklungen, die besonders im Auge behalten werden müssen. Dazu gehören zum einen die Geheimdienste. Hier ist deutlich geworden, dass gerade Journalistinnen ins Visier genommen werden. Darunter leidet der Kern des Journalismus, der Quellenschutz und das Redaktionsgeheimnis. Auch haben staatliche Organe in den vergangenen Jahren vereinzelt Durchsuchungen vorgenommen, um die Informationsquelle zu erforschen. Behinderungen in Form von Bedrohung und Angriffen von JournalistInnen gibt es zudem immer wieder durch politisch extreme Gruppierungen, wie etwa RechtsextremistInnen, aber auch SalafistInnen. Auch im Zuge der Ukraine-Krise geraten JournalistInnen unter Druck. Sie berichten über verbale Angriffe bis hin zu Morddrohungen. Die Interventionen zielen darauf ab, ihre journalistische Glaubwürdigkeit zu unterminieren und ihnen solide Recherche und adäquate Informationsverarbeitung abzusprechen. Fast jeder zweite Journalist hat darüber hinaus den Eindruck, dass die Einschränkungen und Behinderungen der Pressefreiheit in Deutschland in den letzten Jahren zugenommen haben, 60 Prozent haben dies bereits persönlich erlebt. Es wird Druck auf die

JournalistInnen ausgeübt, überwiegend mit dem Ziel, eine wohlwollende Berichterstattung zu erreichen. Dazu gehört auch die Ausübung wirtschaftlichen Drucks.

Pressevielfalt erhalten, angemessene Vergütung sichern!

Die Pressefreiheit wird auch von wirtschaftlichen Faktoren bedroht. Angesichts der tiefgreifenden strukturellen Umbrüche in der Zeitungsbranche haben viele Verlage in den vergangenen Jahren Blätter eingestellt, Redaktionen zusammengelegt, ausgelagert oder ganz geschlossen. Die Presse sucht nach neuen Wegen, sich im digitalen Zeitalter zu finanzieren. Dadurch wird nicht nur die Vielfalt der Presselandschaft, vor allem der Lokaljournalismus, in Deutschland zunehmend eingeschränkt.¹ Denn die sich stetig verschlechternden ökonomischen Bedingungen für JournalistInnen schränken die Qualität und Vielfalt ihrer Arbeit erheblich ein. Dumpinglöhne und Zeitknappheit sind zu einem alltäglichen Problem geworden. 74 Prozent der Journalisten beklagen, dass sie oft zu wenig Zeit für Hintergrundrecherchen und das Schreiben ihrer Artikel haben. Stromlinienförmige Berichterstattung entsprechend der Redaktionslinie, vollwertige Arbeit als verschleiertes Praktikum: Diese Entwicklungen gefährden die öffentliche Aufgabe journalistischer Medien als Informations-, Kritik- und Kontrollinstitut innerhalb einer Demokratie. Zwar ist es JournalistInnen in den letzten Monaten gelungen, einzelne Branchentarife mit Hilfe des Deutschen Journalisten Verbandes durchzusetzen. Dennoch gibt es viele Lücken und schwarze Schafe, die sich nicht daran halten. Der Schutz von JournalistInnen muss daher bereits auf vertraglicher Ebene ansetzen, um ihren Anspruch auf angemessene Vergütung praxistauglich durchsetzen und Schlupflöcher schließen zu können. Dafür ist eine ausgewogene Änderung und Ergänzung des Urhebervertragsrechts wichtig.

Presseauskunft auch gegenüber Bundesbehörden!

JournalistInnen benötigen gesetzliche Sicherungen, um ihrer Arbeit eines "Wächters" ("public watchdog") gerecht zu werden. In den Pressegesetzen der Länder haben sie daher, neben dem Informationsfreiheitsgesetz, ein besonderes Auskunftsrecht. Hier könnte nach jüngster Rechtsprechung eine Lücke klaffen: Denn gerade gegenüber Bundesbehörden soll das presserechtliche Auskunftsrecht nicht gelten. Bundesbehörden könnten somit unliebsame Anfragen mit schmaler Begründung abblocken. Diese Lücke ist zu schließen. Im diesem Zuge gilt es auch das Informationsfreiheitsgesetz zu überarbeiten, insbesondere im Hinblick auf die inkohärenten, unklaren Ausnahmenvorschriften, Gebühren und Auskunftsfristen sowie Verbesserungen im Bereich Open Data. Hier hinkt Deutschland im internationalen Vergleich weit hinterher.

Schutz von JournalistInnen in Kriegs- und Krisengebieten!

Gute, aktuelle und ausgewogene Berichterstattung auch aus Kriegs- und Krisengebieten hat für uns hohe Bedeutung. Dennoch muss der Schutz von JournalistInnen gleichrangig sein. Und angesichts der Vielzahl an weltweiten Konfliktherden und der zahlreichen Opfer unter den BerichterstatteInnen besteht hier weiterhin Handlungsbedarf. Redaktionen müssen Verantwortung für ihre ReporterInnen übernehmen, die sie in Kriegs- und Krisengebiete schicken. Diese Notwendigkeit wird aufgrund des zunehmenden Rückgriffs auf freie JournalistInnen immer virulenter.

Die Bundestagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen fordert daher:

» **Der Staat muss nach Artikel 5 Absatz 1 Grundgesetz garantieren, dass die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film gewährleistet wird und eine Zensur nicht stattfindet.**

¹ <http://www.tabea-roessner.de/medienpolitik/artikel/4e39a4e6a8/medienvielfalt-und-journalismus-stae-1.html>

Dazu gehören der Schutz vor Ausspähung und der größtmögliche Schutz der Quellen und des Redaktionsgeheimnisses ebenso wie Schutz vor Beeinflussung und Bedrohung durch extremistische Gruppierungen. Modelle und Maßnahmen (z.B. die Anerkennung der Gemeinnützigkeit oder die Einrichtung von Stiftungen) zu prüfen, welche die Vielfalt unabhängiger journalistischer Angebote staatsfern stärken und den gesellschaftlich-demokratischen Auftrag der Medien erfüllen.

- » **Die Einführung eines Bundes-Presseauskunftsgesetzes²**, damit JournalistInnen auch gegenüber Bundesbehörden eine gesetzliche Grundlage erhalten, umfassend Auskunft zu erlangen. In diesem Zuge wäre dringend sowie die Überarbeitung des Informationsfreiheitsgesetzes hinsichtlich Ablehnungsgründe, Fristen, Gebühren, Open Data. Nur so können sie ihrer Aufgabe gerecht werden und eine kritische Berichterstattung leisten.
- » **Das Urhebervertragsrecht dahingehend zu überarbeiten, dass eine ausreichende Bezahlung von JournalistInnen gesichert ist** (verbindliches Schlichtungsverfahren, Auskunftsrecht, Klagerechte für Urhebervereinigungen).
- » **Redaktionen sollten auf einen sorgfältig geplanten Einsatz in Kriegs- und Krisengebieten achten** – und dies bei freien und festangestellten JournalistInnen gleichermaßen. Dazu gehört die Auswahl erfahrener JournalistInnen, gutes Equipment und Training sowie eine ausreichende Versicherung etwa im Falle von Krankheit, Todesfall und Rückführung.

² http://www.gruene-bundestag.de/parlament/bundestagsreden/2013/juni/presseauskunftsgesetz_ID_4389345.html